

# SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/24  
2. Februar 1973

Abschied von einem großen Sozialdemokraten  
-----  
Max Brauer wird uns allen unvergessen bleiben  
Von Erich Lüth  
Seite 1 und 1a / 76 Zeilen

Bundeswehr-Hochschulen bekommen Konturen  
-----  
Im Mittelpunkt steht der kritische Staats-  
bürger in Uniform  
Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

Gastarbeiter sind keine Handelsware  
-----  
"Nein" zum Rotationsprinzips-Vorschlag der  
CSU  
Von Dr. Horst Schmidt  
Sozialminister des Landes Hessen  
Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Ein Experiment - lehrreich gescheitert  
-----  
Notwendige Anmerkungen zum Thema "Städtilius"  
Von Fritz Sänger  
Seite 6 und 7 / 80 Zeilen

## Abschied von einem großen Sozialdemokraten

Max Brauer wird uns allen unvergessen bleiben

Von Erich Lüth

Max Brauer, Hamburgs großer Bürgermeister der "Erümmerjahre", geboren am 3. September 1887, ist am 2. Februar früh um 7 Uhr in einem Hamburger Krankenhaus nach langer schwerer Krankheit einem Schlaganfall erlegen. Seine Vaterstadt, die Bundesrepublik, die Pioniere eines geeinten Europas und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands haben einen ihrer besten, ihrer eigenwilligsten Politiker verloren.

Sohn eines Glasbläfers, erlernte auch Max Brauer das väterliche Handwerk. Er wurde sehr früh in Arbeitskonflikte verwickelt und sattelte um zum kaufmännischen Angestellten einer Konsumgenossenschaft. Seine politischen Freunde stellten ihn als Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung in Altona auf, wählten ihn 1919 in den Magistrat und betrauten den knapp 32jährigen bereits mit dem Amt des zweiten Bürgermeisters und Stadtkämmerers. Schon 1924 übernahm er das Amt des Oberbürgermeisters einer mit Hamburg hart rivalisierenden holsteinischen Großstadt.

Ohne Frage ist das Fundament des Staatsmannes Max Brauer die Kommunalpolitik. Hier ist sein Name in der ersten Reihe übertragender sozialdemokratischer Bürgermeister zu nennen, in der Reihe der Reuter, Wimmer, Kolb und Kaisen. Und doch nimmt Max Brauer durch Schicksal und Leistung einen Sonderrang ein. Er war Volksschüler und Autodidakt. Seine Vitalität und seine Dynamik waren außergewöhnlich. Gewiß ein Pragmatiker, entwickelte er doch auch in der nüchternen Tagesarbeit eine bewunderungswürdige Phantasie. Als Stadtkämmerer entlohnte er in den Inflationswirren nach dem Ersten Weltkrieg Arbeiter und Angestellte der Stadt Altona mit Gasmarken, einer Art Festwährung, die zum Bezug je eines Kubikmeters Stadtgas berechtigten.

Da die Vorkämpfer der regionalen Neuordnung in der Ballungsregion Hamburg zu keiner Entscheidung kommen konnten, schuf er, gestützt auf den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, erst einmal Groß-Altona. Doch Groß-Hamburg blieb sein Fernziel. Er

hat nach Hitler dann auch dieses demokratische Groß-Hamburg verwirklicht. Als Hamburgs erster gewählter Bürgermeister und Präsident des Senats nach dem Zweiten Weltkrieg war er ein eigenwilliger Regent, motorisch und nicht ohne autokratische Züge. Der Präsident des Hamburger Senats gilt nach der Verfassung als primus inter pares. Doch Brauer überzeugte seine gleichberechtigten Senatskollegen und riß sie in den Tagen der Not zu außergewöhnlichen Aufbauleistungen mit.

Seine größte Ruhmestat jedoch vollbrachte er im Kampf für die Freigabe der deutschen Schifffahrt und des deutschen Schiffbaus. Brauer, der während des Hitlerregimes ausgebürgert und US-amerikanischer Staatsangehöriger geworden war, besaß das Vertrauen Washingtons. So war es ihm möglich, im State Department als erster deutscher Politiker mit Dean Acheson direkt zu verhandeln, ehe das kaum konstituierte Bonner Regiment unter Konrad Adenauer diplomatische Beziehungen zu den Siegermächten anknüpfen konnte. Doch auch in Paris besaß Brauer einen hohen moralischen Kredit, so daß schifffahrtspolitisch auch Paris zu Zugeständnissen bereit war. Die Verdienste des einstmaligen Altona-Oberbürgermeisters um die deutsche Schifffahrt können nur als eine wahrhaft unkonventionelle außenpolitische Pioniertat eingeordnet werden. Sie sprengte, wenn auch durchaus im hanseatischen Stil, jeden protokollarischen Rahmen.

Unvergessen bleiben aber auch der Mut und die Weitsicht des Emigranten Brauer, der sich in den Vereinigten Staaten als Neubürger der durch Hitler ausgelösten Kriegspsychose entgegenstellte und die Amerikaner noch vor der Niederlage Hitlers beschwor, den Wiederaufbau des anderen Deutschland nach dem Sieg fest ins Auge zu fassen, und in die Zukunftspläne einzubauen. Brauer trat unter Lebensgefahr in seinen öffentlichen Reden vor aber-tausenden amerikanischer Zuhörer gegen den Morgenthau-Plan auf. Schon zuvor hatte Max Brauer mit Rudolf Katz im China Tschiang-Kai-Tscheks landwirtschaftliche Genossenschaften eingeführt und Verwaltungsreformen konzipiert.

Der Autodidakt Max Brauer war ein begeisterter Freund der Musen. Ihm verdankten die Hamburger den raschen Wiederaufbau ihrer Staatsoper. Er war Anreger der Ruhr-Festspiele und langjähriger verdienstvoller Präsident des Deutschen Bühnenvereins.

Im Hamburger Rathaus hat Brauer zwei Amtszeiten erlebt: von 1946 bis 1953, und dann wieder nach triumphalem Wahlsieg von 1957 bis 1960. Während einer Legislaturperiode gehörte er dem Bundestag an. Spuren seines Wirkens haben sich dem neuerstandenen Hamburg unvergänglich eingeprägt.

(-/2.2.1973/bgy/ex)

+ + +

### Bundeswehr-Hochschulen bekommen Konturen

Im Mittelpunkt steht der kritische Staatsbürger in Uniform

Für die "Akademiker" der Bundeswehr wird es allmählich ernst. Denn mit der Konstituierung eines Gründungsausschusses für die Bundeswehrhochschule in München sind die Bildungsplener auf der Bonner Herdthöhe einen tüchtigen Schritt vorangekommen.

Der Aufgabenbereich des Gründungsausschusses beweist, daß es sich hier um kein bloßes Zustimmungsorgan handelt, wie Skeptiker glauben machen wollen. Die Berufung und der Aufbau eines Lehrkörpers, die Konzipierung einer Hochschulgrundordnung, die Entwicklung neuer Lehrmethoden und der notwendigen Materialien sowie die Erarbeitung von Wahl- und Prüfungsordnungen zeigen, daß noch ein hartes Stück Arbeit vor dem Gründungsausschuß liegt. Sein Ziel ist, eine Ausbildungsordnung zu entwickeln, die den pädagogischen und technischen Anforderungen der Bundeswehr in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gerecht werden kann. Zugleich werden die Konstrukteure dieser Hochschulen "neuen Typs" in München und in Hamburg im Auge behalten müssen, daß die Absolventen auch für den möglichen späteren Zivilberuf einen ausreichenden beruflichen Grundstock erhalten müssen.

Im Mittelpunkt der Diskussion um die gesellschaftliche Einordnung der Bundeswehr-Hochschulen steht also die generelle Frage: Wie werden verstärkt Anreize zum Lernen gegeben, die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Analyse vermittelt und die Bereitschaft, Entscheidungen zu treffen, geweckt? Es bedarf tatsächlich keiner Antwort auf die Frage, von welcher menschlichen Zielvorstellung ausgegangen und in den Bundeswehr-Hochschulen angestrebt wird. Prof. Dr. Thomas Ellwein und seine Mitarbeiter in München wollen den kritischen und den seinen eigenen Berufshorizont immer wieder überdenkenden Soldaten. Diese Eigenschaften soll er auch mit ins Berufsleben mitnehmen. Weniger gefragt ist dagegen der angepaßte

Konformist, der vor eigenen Entscheidungen zurückweicht und im bloßen Befehlsempfängerbereich verharret.

Das Vorhaben scheint umso erfolgversprechender zu sein, weil die soziale Situation der Bundeswehr-Studenten besser beschaffen ist, als die ihrer Kommilitonen an den regulären Hochschulen. Kein Zweifel, daß auf diese Weise der Offiziersberuf wieder an Attraktivität gewinnen kann. Wer also den Entschluß fast, eine Bundeswehrhochschule zu besuchen, der wird keinen Leerlauf erleben und nach den verbindlichen Vorstellungen der Bundeswehr-Bildungsexperten auch nicht zum Fachidioten verbildet werden. Die Ausbildung, praxisorientiert und auf die Lösung konkreter Probleme bezogen, wird ergänzt durch bereits gesellschaftliche Grundlagenkenntnisse.

Skeptiker werden sagen, das klinge in der Theorie gut und schön. Wer aber garantiert, daß auch die Praxis an den Bundeswehr-Hochschulen den fortschrittlichen Prinzipien entspricht? Bundesverteidigungsminister Georg Leber hat noch am Tag der Konstituierung des Münchner Gründungsausschusses deutlich gemacht, daß es keine Bundeswehrhochschulen im Gettostil und mit elitärer Ausrichtung geben wird. Die politische Führung der Bundeswehr wird also ihren politischen Auftrag konsequent wahrnehmen. Die Versicherung, daß die Bundeswehr-Hochschulen als integrierte Ausbildungsstätten später in integrierte Gesamthochschulen eingebracht werden sollen, gibt den bildungspolitischen Zielpunkt an. Dann werden sich die Studiengänge vergleichen und messen lassen müssen, und der Optimismus des Bundesverteidigungsministers zu Anfang des großangelegten Experiments läßt den erwartungsvollen Schluß zu, daß am Ende der bildungspolitischen Projektion alle Beteiligten voneinander profitieren werden.

Klaus Vater  
(-/2.2.1973/ks/ex)

+ + +

Gastarbeiter sind keine Handelsware

"Nein" zum Rotationsprinzips-Vorschlag der CSU

Von Dr. Horst Schmidt

Sozialminister des Landes Hessen

Die Maßnahmen zur Integration der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmer müssen verbessert und intensiviert werden. Die hessische Landesregierung wird daher gerade jetzt in aller Öffentlichkeit deutlich machen, daß sie in dieser Frage eine grundsätzlich andere Auffassung als das Land Bayern vertritt. Nach Pressemeldungen der letzten Tage hat sich die Münchner CSU-Regierung für das sogenannte Rotationsprinzip ausgesprochen; sie will also ausländische Arbeitnehmer nach einer gewissen Zeit abschieben und durch neue ersetzen. Ein derartiges Vorgehen ist gegenüber Arbeitnehmern, die sich zum Teil schon seit zehn Jahren in der Bundesrepublik aufhalten, weder arbeitsmarktpolitisch gerechtfertigt noch sozial vertretbar. Diese Menschen haben zu einem nicht unerheblichen Teil durch ihre Mitarbeit dazu beigetragen, unseren Wohlstand zu mehren. Ich wende mich gegen ein Verfahren, das Arbeitnehmer in letzter Konsequenz zur Handelsware abstempelt.

Mit ihrem neuen Kurs rückt die bayerische Landesregierung auch von den Beschlüssen der Arbeitsministerkonferenz der Länder vom Herbst 1971 ab, die auf den hessischen Vorschlägen für die Integration dieser Arbeitnehmer beruhen. Außerdem stellt sich Bayern in offenen Gegensatz zu den Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, die vom Bundesarbeitsministerium zusammen mit den Bundesländern und den betroffenen Organisationen aufgestellt worden sind. In diesen

Grundsätzen wird klar und eindeutig gesagt, daß menschliche, soziale und wirtschaftliche Gründe es gebieten, "die Eingliederung der Ausländer in Arbeitswelt und Gesellschaft zu erleichtern und zu fördern".

Das höchst unsoziale und auch wirtschaftlich äußerst fragwürdige Rotationsmodell ist als Lösung für die im Zuge der Ausländerbeschäftigung auftretenden Probleme für Hessen nicht diskussionswürdig. Mit ihrem Anfang 1971 in Gang gesetzten Sofortprogramm hat die Wiesbadener Landesregierung dagegen konkrete Schritte getan, um die Voraussetzungen für eine längerfristige Eingliederung in unsere Arbeitswelt und Gesellschaft zu schaffen. Zu erwähnen sind auch die Bemühungen des Bundes um die soziale Integration, die in der vollen Angleichung der Rechte ausländischer und deutscher Arbeitnehmer im neuen Betriebsverfassungsgesetz ihren Niederschlag gefunden haben.

Der ständige Aufenthalt von über zwei Millionen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik macht es jedoch erforderlich, daß so schnell wie möglich auch Konzepte für die rechtliche Sicherung der sozialen Existenz dieses Personenkreises erarbeitet werden. Wie notwendig eine solche Regelung ist, zeigt gerade das Vorgehen der bayerischen Behörden. In diesem Zusammenhang ist weiter die Frage zu prüfen, ob nicht auch durch eine Verkürzung der Einbürgerungsfrist die volle Integration der ausländischen Arbeitnehmer erreicht werden könnte. Der Vorschlag des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Matthöfer, kann hier durchaus als Grundlage dienen. Danach soll ein Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben können, wenn er sich seit mindestens fünf Jahren in der Bundesrepublik aufhält und nachweislich Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur aufweist.

(-/ 2.2.1973/bgy/ex)

Ein Experiment - lehrreich gescheitert

Notwendige Anmerkungen zum Thema "Stadtillus"

Von Fritz Sänger

Daß ein Unternehmen seinen Gewinn vermehren möchte, ist ein legitimes Vorhaben. Daß es diesen Versuch nicht unternimmt, ohne die ungeschriebene Gesetzmäßigkeit genauestens zu beachten, die das von dem Unternehmen hergestellte Produkt in seinem Verhältnis zum Bedarf und Konsumenten aufstellt, sollte in einer Zeit selbstverständlich sein, in der Marktanalysen und Marktbeeinflussung zu einer eigenen Wissenschaft entwickelt wurden. Was der Verlag Heinrich Bauer jedoch mit der Herausgabe von "Stadt-Illustrierten" versuchte, hatte nichts mehr mit Pressepolitik oder Medienproblematik zu tun, sondern ausschließlich etwas mit Gewinnstreben.

Das Experiment war zweifellos in vielfacher Beziehung interessant und erzwingt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der verantwortungsbewuten Politiker. Die neu ins Leben gerufenen Publikationen waren gegen die Lokalpresse und gegen die Tageszeitungen gerichtet, die in einem erkennbaren Maße ortsgelunden und in Charakter und kulturellem und ökonomischer Besonderheit in ihrem Erscheinungsgebiet gewachsen und darin verankert sind. In keiner Weise boten die "Illus" zusatztliche Information an; sie waren nicht eine zweite Quelle, aus der ein froher Fluß neuer und frischer Nachrichten zu strömen begann, was sie gerechtfertigt haben würde. Vielmehr gefährdeten sie die legitime Existenzgrundlage der Lokalzeitungen.

Ob die Lokalpresse in der Bundesrepublik Deutschland ihre Position nutzt oder ob sie sich durch Einseitigkeit belastet, ob sie die eigentliche und wesentliche Aufgabe der Zeitung redlich und gerecht erfüllt, vollständig und wahrheitsgetreu zu informieren und Meinungen freimütig und in Beachtung der unterschiedlichen politischen Auffassungen zu verbreiten, das soll hier nicht untersucht werden, so wichtig eine Antwort für die Existenzberechtigung einer lokalen Zeitung auch ist, die als einzige in ihrem Bereich erscheint. Es gibt zahlreiche Vorwürfe gegen einzelne (und das sind leider viele) dieser Zeitungen, und es gibt überzeugende Beispiele korrekter Leistungen. Da die Freiheit der Presse weder für den Verleger noch für den Journalisten in das Grundgesetz geschrieben wurde, sondern für den in demokratischer Verfassung lebenden Staatsbürger, der Anspruch auf die Kenntnis von Tatsachen und Meinungen hat, ist die Lokalpresse wie jede andere Zeitung und politische Zeitschrift dem Grundrecht des Artikels 5 verpflichtet.

Aber das Unternehmen des Bauer-Verlages ist jeglichen Fragen ausgewichen, die von der Pressepolitik und dem Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit her zu stellen wären. Man glaubte an die Möglichkeit, fünf Lokalredaktionen in fünf großen Städten



"einrichten" zu können, so als sei der Journalismus ein bloßes Handwerk, das jeder jederzeit an jedem Ort betreiben könnte. Viele glauben das, und so würde es ein Verdienst des mißlungenen Experimentes sein, wenn die Bedeutung des Lokaljournalismus Verlegern, Journalisten und den Konsumenten der Presse, dem Staatsbürger, deutlich ins Bewußtsein träte. Die neuen "Illus" waren ein Muster dafür, wie man Papier als Zeitung bezeichnen kann, auch wenn nicht die mindeste unmittelbare Beziehung zu Menschen und zum Fluidum des Erscheinungsbereiches zu spüren war. Die Manager hatten das Problem gesehen und wollten etwa die Hälfte des Textes jeder Ausgabe durch örtliche Redaktionen erarbeiten lassen. Der persönlich und psychologisch ortsgebundene und ortsverwandte Beobachter und Reporter aber ist weit mehr als ein herbeigerufener Angestellter, der noch dazu aus der Ferne gelenkt wird. Auch hier liegt ein Grund dafür, daß es den "Stadt-Illustrierten" nicht gelang, "eine ergänzende Komplementärfunktion im lokalen Mediamix" auszuüben (für das "moderne" Deutsch dieses Zitats tragen wir keine Verantwortung).

Der entstandene materielle Verlust ist Sache des Verlagshauses. Es mag sich damit trösten, daß vielleicht auch eine positive Folge erkennbar wird: So geht es jedenfalls nicht! Man kann nicht Zeitungen oder Zeitschriften wie eine Handelsware produzieren und auf den Markt bringen, um sie dem Bürger irgendwo und ohne Beziehung zu seiner Umwelt vorzulegen. So geht es nicht, daß die Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit allzu deutlich als Nebensache erkennbar wird, das kommerzielle Interesse aber als Hauptsache erscheint. In Zeiten eines hochschäumenden Gewinnstrebens ist es wohl möglich, daß die eigentliche Aufgabe des Zeitungsmachens überdeckt wird, aber die Zeitung entstand aus dem Bedürfnis nach Information und Äußerungsmöglichkeit und erfüllte eine kulturelle Aufgabe, der sie sich auch in einer Gegenwart nicht entziehen kann, in der Technik und Geldmachen nur scheinbar "Bindeglieder" der Menschen sind. Es gibt jedenfalls nach wie vor einen Unterschied zwischen dem Fabrikanten von Gebrauchsgegenständen des täglichen Bedarfs und dem Herausgeber einer Publikation. Vielleicht wird das am Beispiel des mißlungenen Experiments wieder deutlicher.

(-/2.2.1973/ks/ex)